

## **A n t r a g**

### **der Parlamentarischen Gruppe der FDP**

#### **Update für den Öffentlichen Dienst - Zusätzliche Verwaltungssprache in Thüringen**

I. Der Landtag stellt fest:

1. Um den Wohlstand im Freistaat dauerhaft erhalten zu können und die Wettbewerbsfähigkeit als Wirtschaftsstandort auszubauen, ist Thüringen mehr denn je auf qualifizierte Einwanderung angewiesen. Es besteht in allen Branchen und in allen Qualifikation-Niveaus ein enormer Arbeitskräftemangel, welcher den Wohlstand im Freistaat gefährdet. Nicht nur Thüringen sieht sich hier im Wettbewerb zu den anderen Bundesländern, sondern Deutschland insgesamt benötigt eine attraktivere Einwanderungspolitik, die den Zuzug der dringend benötigten Kräfte aus dem Ausland konkurrenzfähig zu anderen Einwanderungsländern macht. Bundesweit werden jährlich 400.000 Zuwanderer benötigt. Dem stehen 44.800 Qualifikations-Anerkennungen im Jahr 2020 gegenüber, wobei in Thüringen für 553 im Ausland erworbene berufliche Ausbildungsnachweise anerkannt wurden.
2. Thüringer Behörden und Verwaltungen müssen "internationaler" werden, um eine solide Basis für eine steigende und zielführende Zuwanderung zu schaffen. So kann Thüringen mehr Servicequalität bieten, Missverständnisse durch Sprachbarrieren abbauen und vor allem einen Wettbewerbsvorsprung gegenüber anderen Bundesländern erlangen.
3. Mit der Verordnung (EU) 2018/1724 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Oktober 2018 wurden die Weichen für die Einrichtung eines einheitlichen digitalen Zugangstors zu Informationen, Verfahren, Hilfs- und Problemlösungsdiensten und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 für alle EU-Mitgliedstaaten gestellt. Dies hat zur Folge, dass spätestens zum 31. Dezember 2023 21 der wichtigsten Verfahrensbündel im Sinne der EU-Verordnung zum Single Digital Gateway (SDG) vollständig digital und mehrsprachig zur Verfügung gestellt werden müssen. Um die erforderlichen Informationen und Unterstützungsdienste im Sinne der SDG-Verordnung anbieten zu können, muss auch das Personal in den zuständigen Verwaltungseinrichtungen die entsprechenden Sprachkenntnisse vorweisen.
4. Die vorherrschenden Fremd- und Muttersprachen in der Europäischen Union sind Englisch, Deutsch und Französisch und Englisch ist die am häufigsten verwendete Arbeitssprache.

5. In den letzten Jahren hat Englisch in der Wirtschaft immer mehr an Bedeutung gewonnen. Es werden konsistente Korrelationen zwischen Englischkenntnissen und dem Bruttoinlandsprodukt, dem Pro-Kopf-Einkommen und einer Reihe anderer Wirtschaftsindikatoren (laut EF English Proficiency Index, 2021) festgestellt. Englisch ist zu einer grundlegenden Fähigkeit bei der Ausbildung von Arbeitskräften geworden. Es ermöglicht den Export von Dienstleistungen, verbessert die Wettbewerbsfähigkeit und erleichtert den internationalen Handel. Englischkenntnisse sind so wichtig geworden, dass die OECD sie ab dem Jahr 2025 neben Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften in ihr Programm für International Student Assessment (PISA) aufnehmen wird.
- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Englisch als zusätzliche Verwaltungssprache stufenweise bis zum Jahr 2030 einzuführen, indem
1. ab 1. Januar 2024
    - a) alle Verwaltungsdokumente, die im Zusammenhang mit den Basisleistungen, welche im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes digitalisiert werden, auch in den Verwaltungen auf englischer Sprache bereitgestellt werden,
    - b) vorzulegende Urkunden und Nachweise auf Englisch anerkannt werden und keine Übersetzung mehr erforderlich ist und
    - c) alle digitalen Verwaltungsdienstleistungen auch in Englischer Sprache angeboten werden;
  2. bei Neueinstellungen vermehrt darauf geachtet wird, dass Fremdsprachenkenntnisse vorhanden sind;
  3. eine Evaluierung bis Ende des Jahres 2023 in den Thüringer Verwaltungen zu vorhandenen Sprachkenntnissen durchgeführt wird;
  4. es ab Anfang des Jahres 2024 entsprechende Weiterbildungsangebote für Verwaltungsmitarbeiter und Thüringer Beamte gibt und somit die Sprachkenntnisse kontinuierlich gefördert werden;
  5. ab dem Ausbildungsjahr 2025/2026 in allen Ausbildungen der Verwaltung beziehungsweise im öffentlichen Dienst das Fach "Verwaltungsendenglisch" verbindlich eingeführt wird;
  6. es eine Überprüfung und Evaluierung im Jahr 2028 der Umsetzung und gegebenenfalls eine Anpassung der Maßnahmen gibt;
  7. im Jahr 2030 Englisch als zusätzliche Verwaltungssprache in Thüringen Alltag ist.

### **Begründung:**

Thüringen ist eines der Länder mit der höchsten Erwerbstätigenquote. Allerdings verringern abnehmende Bevölkerungszahlen und die zunehmende Alterung der Bevölkerung das Erwerbspersonenpotenzial immens. Die Arbeitsmarktsituation wird weiterhin verschärft, da neben dem zu leistenden Ersatzbedarf durch den demografischen Wandel auch der Erweiterungsbedarf aufgrund neu geschaffener Stellen weiter steigt.

Bereits jetzt erwarten 85 Prozent der Unternehmen aufgrund der Personalengpässe die unterschiedlichsten Effekte. Lediglich 15 Prozent der Unternehmen gaben in der Befragung des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) an, dass sie keinen Personalmangel haben und diesen auch zukünftig nicht erwarten. Besonders im Baugewerbe (94 Prozent) stehen viele Unternehmen den Auswirkungen infolge des fehlenden Personals fast machtlos gegenüber. Neben enormen Umsatzeinbußen durch die Ablehnung von Aufträgen, haben 58 Prozent der Unternehmen Sorge wegen steigender Arbeitskosten, damit

neues Personal gefunden werden kann. Die Gesamtsituation führt zu einer Mehrbelastung der bestehenden Belegschaft und zu einer Reduzierung des Angebots. Nicht zu unterschätzen ist die fehlende Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit, die am Ende auf der Strecke bleibt. Nicht viel weniger betroffen sind Unternehmen in der Industrie (89 Prozent), im Dienstleistungssektor (84 Prozent) und im Handel (82 Prozent).

Fehlendes Personal hat gravierende Folgen. Dies gilt nicht nur für die betroffenen Unternehmen, sondern für Thüringen. Wachstums- und Wohlfahrtspotenziale wie auch öffentliche Einnahmen stehen auf dem Spiel.

Um die Folgen aufgrund des Fachkräftemangels verringern zu können, ist es wichtig, die richtigen Voraussetzungen für die dringend benötigte Zuwanderung aus dem Ausland zu schaffen. Nicht nur der Thüringer Mittelstandbericht kommt zu dem Schluss, dass der Fachkräftemangel für die Thüringer Wirtschaft zur zentralen Herausforderung wird, auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag rückt es mit dem DIHK-Fachkräftereport 2021 in den Fokus der Politik. Ohne Personal gibt es kein Wachstum und keine Wohlstandssicherung. Auch nicht in Thüringen. Um den dringend benötigten Zuzug ausländischer Arbeitnehmer steigern zu können, muss der Fokus des Freistaats vor allem auf der Schaffung der notwendigen Voraussetzungen liegen. Damit Thüringen im Kampf um gutes Personal nicht das Schlusslicht wird, benötigt es aktives Handeln der Landesregierung.

Die Einführung von Englisch als zusätzliche Verwaltungssprache ist ein Transformationsprozess, welcher zielorientiert durchlaufen werden muss. Dies geht nicht per Erlass oder von heute auf morgen. Es bedarf vielmehr ein abgestimmtes, aufeinander aufbauendes und systematisches Vorgehen, damit die gewachsenen Strukturen und gewohnten Prozesse sukzessiv weiterentwickelt werden können und rechtzeitig geänderte Rahmenbedingungen berücksichtigt werden.

Der Fokus auf Englisch ist darin begründet, dass Englisch die Sprache ist, welche in Schulen meist als erste Fremdsprache gelehrt wird. Englisch ist als Lingua franca der internationalen Diplomatie, der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sowie des internationalen wissenschaftlichen und kulturellen Austauschs die einzige im Wortsinne weltweit gebräuchliche Verkehrssprache.

Die EU-Verordnung zum Single Digital Gateway und das Onlinezugangsgesetz verfolgen das Ziel, dass das Angebot der Verwaltung digital, bürgernah und nutzerfreundlich sein soll. Zudem sollen alle Leistungen der öffentlichen Verwaltung über ein einziges Portal zu finden sein. So kann das Vertrauen der Verbraucher gestärkt und Verwaltungskontakte für alle vereinfacht werden.

Der Freistaat Thüringen sollte mit Vorbildfunktion in dieser komplexen Thematik vorausgehen und sich so die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand des Landes sichern.

Für die Parlamentarische Gruppe:

Montag